

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/26905 –**

### **Zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika – Deutsche Bauunternehmen in Afrika durch das Konzept „Alles aus einer Hand“ unterstützen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller verweisen darauf, dass eine marktnahe Entwicklungszusammenarbeit (EZ) langfristig Arbeitsplätze und beständige Entwicklungserfolge herbeiführen könne, so dass die weitere Entwicklung der afrikanischen Partnerstaaten und -gesellschaften letztendlich ohne Hilfsmittel und Unterstützungsleistungen auskommen werde. Die Bundesregierung verfolge in der Gesamtschau allerdings immer noch die alten Pfade der Gewährung von Subsidien, Zuwendungen und nicht rückzahlbarer Zuschüsse. Es gelte jedoch, dem überkommenen und schädlichen Narrativ des Globalen Umverteilungsgebots in der EZ Einhalt zu gebieten. Insbesondere der afrikanische Infrastrukturmarkt berge ein großes Potential für die Zukunft der afrikanischen Staaten. Insbesondere die Bauwirtschaft sei eine starke Branche, die auch am internationalen Markt erheblich zur Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitrage; außerdem könnte sie ein Motor für die Wirtschaft in Afrika sein und bei einer Vielzahl von vor- und nachgelagerten Bereichen Wohlstand schaffen und Werte schützen. Aufgrund der sehr guten Reputation könnten deutsche Bauunternehmen in Afrika viel stärker zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung von Wertschöpfung, zum Know-how-Transfer sowie zur Schulung und Ausbildung der Menschen vor Ort beitragen, was durch das dortige Bevölkerungswachstum zusätzlich begünstigt werden könnte. Der internationale gute Ruf deutscher Bauleistungen sei nach Auffassung der Antragsteller auf die deutsche Ingenieurkompetenz, die Qualität von Projektmanagement und Bauausführung sowie auf die Innovationsfreude deutscher Bauindustrieunternehmen zurückzuführen; deswegen sei die Bauindustrie „Made in Germany“ im In- und Ausland erfolgreich und hoch angesehen. Dies müsste noch viel stärker entwicklungsfördernd in Wert gesetzt werden. Die Gründung von Konsortien von Firmen aus Deutschland aus verschiedenen Baubereichen werde

dazu führen, dass man alle deutschen Bauleistungen in Afrika „aus einer Hand“ anbieten könne. So könnten deutsche Bauunternehmen einfacher auf dem jeweiligen afrikanischen Markt Fuß fassen. Deutsches Know-how, deutsche Technologien und deutsche Produkte aus einer Hand seien nach Überzeugung der Antragsteller eine Garantie für deutsche Qualität mit dem Label „Made in Germany“.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/26905 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2021

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Uwe Kekeritz**  
Stellv. Vorsitzender

**Stefan Sauer**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Olaf in der Beek**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Ottmar von Holtz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Stefan Sauer, Dr. Sascha Raabe, Dietmar Friedhoff, Olaf in der Beek, Eva-Maria Schreiber und Ottmar von Holtz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26905** in seiner 212. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, den deutschen Bauunternehmen in Afrika ein umfassendes und rasches Gesprächsangebot zu unterbreiten, konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erarbeiten und gemeinsam mit ihnen eine deutsche Afrikastrategie für die Erschließung des afrikanischen Infrastrukturmarkts zu definieren.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, sich um die notwendige politische und geschäftliche Flankierung bei den Regierungen der afrikanischen Partnerstaaten zu bemühen, um höhere Auftragsvolumen für deutsche Bauunternehmen zu erzielen.

Die Antragsteller fordern, dass die deutschen Bauunternehmen in Afrika dabei unterstützt werden sollten, ihre Kapazitäten im Rahmen eines angemessenen Know-how-Transfers sowie der Schulung und Ausbildung der Menschen vor Ort weiter auszubauen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, deutsche Bauunternehmen dabei zu unterstützen, sogenannte Konsortien zu gründen, damit diese ihre Bauleistungen in Afrika mit deutschem Know-how, deutschen Technologien und deutschen Produkten aus einer Hand anbieten könnten.

Schließlich solle die Bundesregierung durch diese Maßnahmen einen signifikanten deutschen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in und für Afrika leisten und gleichzeitig die deutschen Bauunternehmen in Afrika dabei unterstützen, wirtschaftlich erfolgreicher zu werden.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26905 in seiner 80. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26905 in seiner 93. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** führt aus, dass man die Bundesregierung mit dem vorliegenden Antrag auffordere, mehr zu tun, damit deutsche Bauunternehmen vor Ort in Afrika erfolgreicher sein könnten. Es gebe mittlerweile sehr erfolgreiche deutsche Familienunternehmen auf dem afrikanischen Kontinent, wie Julius Berger PLC, zurzeit einer der gefragtesten Arbeitgeber in Nigeria. Es gebe auch die Knauf Gips KG und Schwenk Zement. Man wolle mehr Aktivitäten aus einer Hand, und das wolle man auch bei deutschen Entwicklungsprojekten erreichen. Mehr deutsche Bauunternehmen sollten mithelfen, dass deutsche Produkte vor Ort sichtbarer würden. Man könne beispielsweise in Eritrea sehen, wie dort engagierte Deutsche in ihrer Freizeit ein kleines Krankenhaus mit deutschen Produkten aufbauen würden. Auch die Afrikaner würden zunehmend erkennen, dass die eingesetzten chinesischen Produkte auf Dauer nicht werthaltig seien. Das sei die Zielsetzung des Antrages der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält dagegen, dass man anhand solcher Anträge der Fraktion der AfD verdeutlichen könne, dass alles bereits viel besser laufe, als die Antragsteller erkannt hätten. Möglicherweise sollten sie sich in ihrer Betrachtung auf das reduzieren, was bereits vor Ort passiere; dann würde man viel Zeit in den parlamentarischen Beratungen einsparen. Im Übrigen habe man nicht dafür zu sorgen, dass es deutschen Unternehmen gut gehe. Stattdessen sollten gute deutsche Unternehmen dafür sorgen, dass es global und damit auch Afrika besser gehe. Es sei zu kurz gedacht, wenn man aus farbigen Prospekten einzelner Bauindustriefirmen einige Zahlen zitieren und daraus irgendwelche Ansprüche auf Markterschließungsstrategien ableiten würde. Es sei bisher keineswegs in den Beiträgen der Fraktion der AfD formuliert worden, dass man vor allem Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort schaffen solle; insofern gehe der vorliegende Antrag einen Schritt weiter. Wenn man sich den Antrag genauer anschau und dann den Bausektor in Afrika analysiere, könne man feststellen, dass dort bereits ein starker internationaler Bausektor existiere, der allerdings unter dem chinesischen Druck leide. Im Übrigen benötige man keine Konsortien, denn es gebe bereits aktive Partner, wie die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Das seien Organisationen, die sich, mit staatlicher Unterstützung, in den Reformpartnerschaftsländern um Themen wie Good Governance, Nachhaltigkeit und bessere politische Rahmenbedingungen kümmerten. Der Wunsch der Fraktion der AfD sei es, die EZ einzuschränken und zu beenden, wohingegen die Fraktion der CDU/CSU nach wie vor der festen Überzeugung sei, dass das Zusammenwirken von staatlichen und privaten Institutionen die Entwicklung am besten fördere und deshalb durch das BMZ unterstützt werden sollte. Man werde dem Antrag nicht zustimmen, denn er schädige die EZ.

Die **Fraktion der SPD** merkt an, dass man bei Anträgen der Fraktion der AfD immer denken würde „schlimmer und dümmmer geht’s nimmer“, aber das gehe anscheinend doch. Wenn man die Zielrichtung des Titels lese, dann sei das sehr entlarvend, und das gelte auch für die Forderung, dass die Bundesregierung zügig eine adäquate Markterschließungsstrategie für den afrikanischen Infrastrukturmarkt entwickeln solle, um deutschen Bauunternehmen dabei zu helfen, in Afrika wirtschaftlich erfolgreicher zu werden. Die Fraktion der AfD hätte nach wie vor nicht verstanden, dass man im Entwicklungsausschuss sei. Einen solchen Antrag könne man im Wirtschaftsausschuss stellen und damit für Außenwirtschaftsförderung werben. Diese grundsätzliche Fehleinschätzung werde auch nicht dadurch besser, dass in Forderung 6 von Know-how, Ausbildung und Schulung die Rede wäre, denn die Zielrichtung dieses Antrages bleibe, Marktzugänge und wirtschaftlichen Einfluss ausschließlich für deutsche Bauunternehmen in Afrika zu sichern. Bei der Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) gehe es darum, Win-Win-Situationen zu schaffen, die Menschen vor Ort zu stärken, um dann zusammen auf Augenhöhe die Baufirmen vor Ort zu unterstützen. Das bedeute wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber dieses Verständnis fehle der antragstellenden Fraktion vollständig; die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stimmt dem zuvor Gesagten zu. Man müsse immer wieder die deutsche EZ und die Bemühungen der Volksrepublik (VR) China vergleichen, und deren Unterschiede herausarbeiten. China baue die Seidenstraße und verfolge damit einen strategischen Ansatz, und in dem vorliegenden Antrag versuche die Fraktion der AfD, dieselbe Politik zu betreiben, wie die VR China. Selbstverständlich sei es für deutsche Unternehmen im Ausland wichtig, dass Rechtssicherheit und entsprechende Rahmenbedingungen vorhanden seien. Dafür mache man bereits einiges, wie die Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (GTAI) oder die Außenhandelskammern im Ausland, die sehr stark mit den Partnerländern und den Privatinvestoren zusammenarbeiteten. Es gebe im Privatbereich den Afrikaverein der Deutschen Wirtschaft, der seit über 80 Jahren Unternehmen nach Afrika vermittele. Die Fraktion der AfD habe das Positionspapier vom Hauptverband der deutschen Bauindustrie in Teilen fast wortgleich abgeschrieben, und diese Politik verfolge die Fraktion der FDP nicht; man lehne den Antrag ebenfalls ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläutert, dass sie zunächst einen positiven Aspekt betrachten wolle, denn die Fraktion der AfD hätte erstmals in ihrer Parlamentsgeschichte einen Antrag zu Afrika vorgelegt, der nicht negativ zu dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum in Afrika Stellung nehme. Während ansonsten vor der Bevölkerungsexplosion und der Überbevölkerung gewarnt werde, begreife man das Wachstum nun als Chance für die deutsche Bauwirtschaft. Abgesehen davon, spiegle dieser Antrag den Kern der entwicklungspolitischen Position der AfD wider. Das zeige das folgende Zitat: „Es gilt vielmehr, dem überkommenen und schädlichen Narrativ des Globalen Umverteilungsgebotes in der Entwicklungszusammenarbeit Einhalt zu gebieten. (...) Die Stärkung der ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit durch mehr Markt, mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative sowie die Konzentration auf private Unternehmen ist in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dringend angezeigt.“ Insgesamt werde das Ziel eines „Einstampfens“ der deutschen EZ zugunsten deutscher Außenwirtschaftsförderung verfolgt. Entwicklungspolitik sei für die antragstellende Fraktion keine Frage von moralischer oder politischer Verantwortung und habe nichts mit dem Eintreten für eine gerechtere Welt zu tun. Vielmehr solle die EZ genutzt werden, um die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen, in diesem Fall der Bauwirtschaft, zu fördern. Mit der Forderung, deutsche Baukonsortien zu bilden, die die Bauprojekte von Anfang bis zum Ende „aus einer Hand“ und „Made in Germany“ durchführen sollten, solle verhindert werden, dass afrikanische Unternehmen in Bauprojekte eingebunden würden und lernen könnten, wie effektiver Technologietransfer stattfinden könne. Dazu müsste man auf Joint Ventures zwischen deutschen und afrikanischen Betrieben setzen. Die möglichen negativen ökologischen und sozialen Folgen von Großbauprojekten spielten ebenfalls keine Rolle, und auch Forderungen nach umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Standards für die Baubranche suche man im Antrag vergebens. Die Fraktion DIE LINKE. werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass eine „Entwicklungspolitik à la AfD“ partnerschaftliches Vorgehen vorrangig als Partnerschaft zwischen deutschen Unternehmen und der deutschen Politik verstehe, auch wenn die Aktivitäten in den Partnerländern stattfinden würden. Die Interessen der Menschen und Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent spielten bei den Überlegungen keine Rolle, denn es gehe der Fraktion der AfD nur um eine adäquate Markterschließungsstrategie für deutsche Unternehmen und nicht um eine nachhaltige Entwicklung afrikanischer Staaten. Es werde gefordert, dass die Bundesregierung als Lobbyist deutscher Unternehmer auf dem afrikanischen Kontinent agiere. Man müsse wissen, dass die Rolle Chinas in vielen Staaten in Afrika nicht ausschließlich positiv gesehen werde. So würde das chinesische Engagement in Namibia mittlerweile von vielen Menschen vor allem negativ beurteilt. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands ginge verloren, wenn man ebenso agieren würde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt diesen Antrag ab.

Berlin, den 5. Mai 2021

**Stefan Sauer**  
Berichtersteller

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichtersteller

**Dietmar Friedhoff**  
Berichtersteller

**Olaf in der Beek**  
Berichtersteller

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstellerin

**Ottmar von Holtz**  
Berichtersteller



